



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Erneut sinkt Auftragseingang beim Wohnungsbau – Ankündigungen jetzt umsetzen**

**Berlin, 25.08.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen sieht in den aktuellen Zahlen zum Auftragseingang beim Wohnungsbau die Fortsetzung der Krise am Bau. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sinken die Aufträge beim Wohnungsbau laut Statistischem Bundesamt um 12,3 Prozent. Laut ifo-Institut klagten im Juli 40 Prozent der Unternehmen über Auftragsmangel. „Die Zahlen zeigen, dass der Wohnungsbau in Deutschland weiterhin nur eine Richtung kennt: Abwärts. Es wird jetzt darauf ankommen, die richtigen Schritte einzuleiten, umzusetzen und nicht nur anzukündigen. Alles, was das Bauen künstlich verteuert, muss weg. Steuerliche Erleichterungen, realistische Standards und Anforderungen müssen her“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Eins ist glasklar: Ohne Wohnungsbau wird sich die Wohnraum-Krise weiter verschärfen. Mit maximalen Anforderungen machen wir Bauen maximal teuer. Das kann sich keiner leisten und das rechnet sich auch nicht für die Unternehmen. Immer mehr Dämmung, immer strengere Standards, lassen die Kosten weiter steigen, dabei wird Wohnraum schon jetzt für Normalverdienende Familien unerschwinglich. Laut der Arge-Studie von Prof. Walberg müssen im Neubau Kaltmieten von bis zu 20 Euro pro Quadratmeter verlangt werden, sonst rechnet es sich nicht. Wir haben bei Neubauten bereits ein gutes Niveau, was Klimaschutz angeht, erreicht. Wir unterstützen Bundesbauministerin Klara Geywitz, die strengere Vorgaben bei der Dämmung in Frage stellt und weitere Standardverschärfungen ablehnt. Nur sollte sie ihren Worten jetzt auch Taten folgen lassen. Wir verlieren jeden Tag Fachkräfte und viele mittelständische Unternehmen geraten immer weiter in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Jetzt gilt es aktiv gegen die Krise anzugehen und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Kostenentlastung bei den Betrieben und den Verbrauchern spürbar ankommt“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.